



Bioökonomie

Aiwanger: "Bioökonomie in Bayern zum Nutzen des ländlichen Raums weiter ausbauen"

13. April 2023

MÜNCHEN Ab sofort ist der dritte Förderaufruf im Bioökonomie-Förderprogramm BayBioökonomie-Scale-Up aktiv.

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger: „Wir wollen in Bayern das Potenzial der Bioökonomie noch weiter ausschöpfen. Mit dem Bioökonomie-Förderprogramm BayBioökonomie-Scale-Up ermuntern wir Unternehmen, Produktionsanlagen in Bayern zu errichten, die nachwachsende Rohstoffe zu innovativen Produkten verarbeiten. Die Bioökonomie ist eine große Chance für die bayerischen Wirtschaft und unsere Landwirte. Wir gewinnen Unabhängigkeit in Lieferketten und ermöglichen umweltverträgliche Produkte. Ich freue mich besonders über Anträge zu Vorhaben in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, denn gerade dem ländlichen Raum erschließt die Bioökonomie neue Wertschöpfungsketten.“

Förderfähig seien Produktionsanlagen für biobasierte Produkte wie etwa Kunststoffe aus Holz, Chemikalien aus Nebenprodukten der Landwirtschaft oder Produkte aus Reststoffströmen der Lebensmittelindustrie. Der Schwerpunkt müsse auf der stofflichen Nutzung liegen und die Verfahren bereits in größerem Maßstab erprobt sein.

„Für das Förderprogramm BayBioökonomie-Scale-Up gibt es nicht nur Mittel des Freistaats Bayern. Bis zu 15 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stehen bereit, davon 60 Prozent für Vorhaben in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH)“, freute sich der Bayerische Energieminister.

In dem zweistufigen Antragsverfahren können Interessenten bis zum 10. Juni 2023 Projektskizzen einreichen. Detaillierte Informationen enthält die Richtlinie „BayBioökonomie-Scale-Up“. Alle Informationen zum neuen Bioökonomie-Förderprogramm sind abrufbar unter: [Bioökonomie-Scale-Up](https://stmwi.bayern.de/bio-oekonomie-scale-up)

Auch eine Karte des [EFRE-Fördergebiets](#) und eine Liste [aller Gemeinden in RmbH-Gebieten](#) stehen zur Verfügung.

Ansprechpartner:
Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 149/23